

## **Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Gülzow-Prüzen über die Erhebung einer Hundesteuer**

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) vom 13.07.2011 (GVOBl. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.07.2019 (GVOBl. M-V S. 467) und der §§ 1 bis 3 und 17 des Kommunalabgabengesetzes - KAG M-V in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.04.2005 (GVOBl. M-V S. 146), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 13.07.2021 (GVOBl. M-V S. 1162), wird nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung Gülzow-Prüzen vom 09.12.2021 folgende 3. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer erlassen:

### **Artikel 1 Änderung der Satzung der Gemeinde Gülzow-Prüzen über die Erhebung einer Hundesteuer**

Die Satzung der Gemeinde Gülzow-Prüzen über die Erhebung einer Hundesteuer vom 18.10.2007, zuletzt geändert am 07.03.2019, wird wie folgt geändert:

**1.** § 11 „Fälligkeit der Steuer“ Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Steuerjahr ist das Kalenderjahr. Die Steuer wird als Jahressteuer festgesetzt und wird zum 01.07. jeden Jahres fällig.

**2.** § 13 „Hundesteuermarken“ Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Die Hunde müssen außerhalb des Hauses oder des umfriedeten Grundbesitzes mit einer gültigen und sichtbar befestigten Steuermarke versehen sein. Bei Verlust der Steuermarke wird dem Hundehalter auf Antrag eine Ersatzmarke gegen eine Verwaltungsgebühr gemäß Verwaltungsgebührensatzung des Amtes Güstrow-Land in der jeweils gültigen Fassung ausgehändigt.

### **Artikel 2 § 15 In-Kraft-Treten**

Die Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer tritt am 01. Januar 2022 in Kraft.

Gülzow-Prüzen, den 09.12.2021

Kissmann  
Bürgermeister

#### **Hinweis:**

Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese nach § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern vom 13.07.2011 (GVOBl. M-V S.777) geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften.